



Einfache Anfrage Dietrich Pascal (FDP) vom 13. Mai 2019: Unterstützt die Stadt Langenthal ebenfalls die Resolution zum Erhalt der Gemeindevielfalt?; Beantwortung

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

1. Text der Einfachen Anfrage:

"Unterstützt die Stadt Langenthal ebenfalls die Resolution zum Erhalt der Gemeindevielfalt?"

Die geplante Änderung der Verordnung zum Finanz- und Lastenausgleich (FILAV) hätte für zahlreiche – vorwiegend kleinere und ländliche Gemeinden – empfindliche finanzielle Einbussen zur Folge. Nebst vielen anderen wäre auch die Gemeinde Obersteckholz betroffen, mit der die Stadt Langenthal in den nächsten Jahren allenfalls fusionieren will.

Gegen die kurzfristige Änderung wehrt sich unter anderem der Verband bernischer Gemeinden (VBG). Auf Initiative der Gemeinden Därstetten und Wimmis wurde an einer «Landsgemeinde» eine Resolution zum Erhalt der Gemeindevielfalt verfasst. Die Resolution wurde allen bernischen Gemeinden zur Genehmigung durch die Gemeindeexekutive zugestellt. Die Resolution wird anschliessend gesamthaft durch die Gemeinde Wimmis an das Kantonsparlament und die Kantonsregierung überwiesen.

Ich ersuche vor diesem Hintergrund um Beantwortung folgender Fragen:

- *Unterstützt der Gemeinderat ebenfalls die Resolution zum Erhalt der Gemeindevielfalt?*
- *Falls nicht: Weshalb nicht?"*

Pascal Dietrich

2. Beantwortung der Fragen:

- *Unterstützt der Gemeinderat ebenfalls die Resolution zum Erhalt der Gemeindevielfalt?*
- *Falls nicht: Weshalb nicht?*

Auch die Stadt Langenthal erreichte mit E-Mail von Beat Schneider, Gemeindeverwalter Wimmis, vom 3. Mai 2019 die Anfrage, ob sie die Resolution zum Erhalt der Gemeindevielfalt unterstützt.

Hintergrund ist der neue Finanz- und Lastenausgleich, der ab 2020 gelten soll, und der den Fusionsdruck erhöhen will. Der Kanton bezahlt aktuell Fr. 33,2 Mio. jährlich für die Mindestausstattung finanzschwacher Gemeinden. Ab nächstem Jahr sollen es noch Fr. 24,1 Mio. sein (vgl. Medienmitteilung des Regierungsrates vom 28. Februar 2019 zur Änderung der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich [FILAG]). Die Vernehmlassung dazu lief bis zum 17. Mai 2019. Die Stadt Langenthal nahm mit Vernehmlassung vom 4. April 2019 zu den Änderungen der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich grundsätzlich positiv Stellung, insbesondere ausdrücklich aufgrund der zwei aufgeführten Punkte:

1. Der Kanton Bern kann mit dieser Änderung der Verordnung jährlich rund Fr. 9,1 Mio. einsparen.
2. Der Druck auf die Kleinstgemeinden könnte steigen und die Anzahl der realisierten Gemeindefusionen könnte wachsen.

Der Gemeinderat bezog mit seiner Vernehmlassungsantwort vom 4. April 2019 damit bereits klar Stellung dazu, dass er die kantonalen Bestrebungen begrüsst, über eine Anpassung des Finanz- und Lastenausgleichs den Druck auf Kleinstgemeinden für eine Fusion zu erhöhen. Er nahm ebenso davon Kenntnis, dass auch der Grosse Rat des Kantons Bern in der Novembersession 2018 die Motion von Leuenberger Samuel (SVP) mit dem Titel "Gemeindevielfalt – eine vergessene Chance", die in die ähnliche Richtung wie die erwähnte Resolution geht, in allen Punkten – auch als Postulat – ablehnte.

Vor diesem Hintergrund lehnte es der Gemeinderat mit Beschluss vom 22. Mai 2019 ab, die Resolution zum Erhalt der Gemeindevielfalt zu unterstützen.

Berichterstattung: keine (schriftliche Beantwortung)



Gemeinderat

Bericht für die Stadtratssitzung am 26. August 2019

Traktandum Nr. 9

Hinweis: **Art. 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Einfache Anfrage):
³ *Der Gemeinderat beantwortet die Einfache Anfrage schriftlich oder mündlich bis zur übernächsten Sitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern. Es findet weder eine Diskussion über die Anfrage noch über die Antwort statt.*

Langenthal, 26. Juni 2019

IM NAMEN DES GEMEINDERATES

Der Stadtpräsident:

Reto Müller

Die stv. Stadtschreiberin:

Sandra Steiner-Krauer